

BERUFES RECHT VON PROSTITUIERTEN ENTWURF UND UMSETZUNG DES FRANKFURTER MODELLS

von
Prostituierten

Entwurf und Umsetzung

des Frankfurter Modells

**Konzept zur sozialen Neuorientierung und
Umschulung bzw. Arbeitsplatzbeschaffung für
Prostituierte, die ihre Tätigkeit aufgeben wollen.**

Impressum:

Herausgeber: Deutsche AIDS-Hilfe e.V.,
Nestorstraße 8 - 9, 1000 Berlin 31

Text: HWG und TAMARA, Prostituierten-Selbsthilfe
Kontaktstelle für Frauen, Frankfurt

Satz: Gerhard Karle, Berlin

Layout und Titel: Augenblitz, Berlin

Druck: Satzinform, Berlin

1. Auflage 4/90

Vorbemerkung

In den vergangenen Jahren wurde in verschiedenen öffentlichen Institutionen der Ruf nach Ausstiegsprogrammen für Prostituierte laut; die Ursache hierfür war die weit verbreitete Vorstellung, daß Frauen und Männer, die anschaffen gehen, wesentlich an der Übertragung von HIV beteiligt seien und die Unterbrechung von Infektionsketten ermöglicht würde durch die „Reduzierung“ der Anzahl von Menschen, die in der Prostitution arbeiten. Mit dieser Konzeption sind häufig Berufsverbote für Prostituierte, die HIV-positiv sind, verbunden, was im bayerischen Maßnahmen-Katalog am deutlichsten formuliert, aber auch in anderen Bundesländern oftmals Praxis ist.

Inzwischen ist allen kompetenten Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Diskussion über die Epidemiologie von HIV und AIDS bekannt, daß Prostituierte nicht zu den Hauptbetroffenengruppen gehören, bis auf diejenigen Frauen, die ihren Drogenkonsum übers Anschaffen finanzieren. Die Forderungen der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. nach umfassenden Hilfsangeboten, einschließlich der Substitution für diese Gruppe, sind an anderer Stelle dokumentiert und nicht Gegenstand des Konzepts, welches hier vorgestellt wird.

Wenn nun Prostituierte von HIV und AIDS nicht betroffen sind, darf dies nicht bedeuten, daß ihre berechtigten Forderungen nach Berufswechsel, Aus- und Weiterbildung aus der Öffentlichkeit wieder verschwinden. Bis zur erstrebten Anerkennung der Prostituierten als Berufstätige mit allen Rechten und Pflichten, die Sonderprogramme

nicht mehr notwendig macht, ist es hoffentlich nicht mehr weit; bis dahin sind allerdings solche Forderungen und Konzepte, wie sie hier dokumentiert werden, dringend erforderlich.

Die Herausgeberin

Vorwort

Dieses Konzept, das weiblichen Prostituierten Möglichkeiten zur beruflichen Veränderung bzw. Neuorientierung ihrer sozialen Situation schaffen soll und auch die Notwendigkeit von spontaner Intervention in bedrohlichen Umständen beschreibt, ist von der seit 1984 in Frankfurt ansässigen Prostituiertenselbsthilfegruppe HWG und der seit 1986 durch die Innere Mission und den Evangelischen Regionalverband getragenen Kontaktstelle TAMARA erstellt worden.

Es wird nicht zufällig zu einem Zeitpunkt vorgelegt, in der Sperrgebietsverordnung und verstärkte Reglementierung durch das Ordnungsamt einerseits und AIDS-Hysterie und abolitionistisches Gedankengut bergende Sexualitätsfeindlichkeit andererseits, die Prostitution als gesellschaftliche auszumachende Szene, aber auch die Prostituierten als Individuen massiv bedrohen. So sehr die Reduzierung der Prostitution auch als eine positive Entwicklung empfunden und von der regierenden Partei ja auch als dezidiertes Ziel vermarktet wurde, so wenig sind doch bis jetzt die Interessen der

Prostituierten zu diesem Thema gehört worden. Tatsächlich hat man bis jetzt noch nicht versucht, diese ausfindig zu machen.

Es ist hier nicht der Ort, eine prinzipielle Diskussion über Abschaffung oder Notwendigkeit der Prostitution zu führen, es muß aber zu Anfang darauf hingewiesen werden, daß die Verfasserinnen Prostituierte weder als „Deviante“, „Asoziale“ oder „Kriminelle“, noch als „verlorene Schäfchen“ betrachten, sondern vielmehr von den relevanten Stellen eine Art Sozialplan fordern, wie er z. B. für Angestellte in einem aus infrastrukturellen Gründen zu schließenden Betrieb oder Arbeiter in einem durch gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen unrentabel gewordenen Industriezweig, selbstverständlich wäre.

Bei der Definition der Zielgruppe muß daraufhingewiesen werden, daß spritzgiftabhängige Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen, nicht von diesem Konzept erfaßt werden, da diese Gruppe völlig anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und der entscheidende Beitrag, den dieses Konzept leisten will, nämlich die Beschreibung des tatsächlichen Bedarfs, hier wertlos, weil unzutreffend ist. Während die Autorinnen diesen Personenkreis, der nur auf Grund des BTMG zur Prostitution kommt, mit Ausnahme einer Erwähnung im Abschnitt „Gesundheit“ von der Behandlung unerwähnt lassen, schließen sie Frauen, die in Bars, Peepshows oder anderen Bereichen der Sexindustrie arbeiten, in dieses Konzept mit ein.

Zu den Positionen, die in Vorschlägen und Forderungen formuliert sind, muß vorab klargestellt werden, daß es sich hier ausschließlich um ein Angebot für Frauen handeln kann, die freiwillig einen anderen Weg beschreiten wollen und denen Anonymität und Datenschutz garantiert werden können.

Das Konzept ist in fünf Kategorien aufgeteilt, welche die Schwerpunkte der zu leistenden Arbeit darstellen:

- Arbeit/Lebensunterhalt
- Wohnung/Unterkunft
- Gesundheit
- Psychosoziale Begleitung
- Schuldenberatung

Die einzelnen Kapitel gliedern sich in:

- Bedarf
- Ist-Zustand
- Kritik
- Vorschläge/Forderungen

Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Schwerpunkte nicht nach Prioritätsgesichtspunkten gegliedert werden können, da individuell unterschiedliche Ansprüche vorliegen. So benötigt eine Frau umgehend eine Wohnung, hat aber eine Arbeitsstelle, eine andere hat Anspruch auf Sozialhilfe, sucht Arbeit und hat Schulden, wieder eine

andere ist suchtkrank und will hier ansetzen, etc.

Gleichfalls erhebt das Konzept keinen Anspruch auf umfassende Behandlung des Themas, da Einzelfallsituationen die Bedürftigkeit, bzw. die Anforderungen um Vieles erweitern können, z. B. Rechtsprobleme bei Ausländerinnen, Sorgerechtsstreitigkeiten bei Frauen mit Kindern etc.

Abschließend soll im Vorspann gesagt werden, daß die Verknüpfung von Sozialarbeit und Selbsthilfe in der Arbeit mit Prostituierten in Frankfurt noch ein Novum darstellt, wobei handfeste Erfahrungen und Statistiken fehlen, obwohl diese Zusammenarbeit in anderen Bereichen (z. B. Alkoholiker) und auch aus anderen Städten und Staaten (Berlin, Holland) vertraut ist und positiv bewertet wird. Deswegen bedarf dieses Konzept der Kritik durch Betroffene und muß nach geraumer Zeit neu überdacht werden.

Allgemeines

- 1 Prostituierte sind keine klar umrissene „gesellschaftliche Randgruppe“. Sie entstammen den verschiedensten ethnischen und sozialen Gruppen, repräsentieren alle Alterstufen und haben die unterschiedlichsten Bildungs- und Ausbildungshintergründe.
- 2 Prostituierte sind – im Gegensatz zu Frauen in dieser Gesellschaft generell – ein Klientel, das es gewöhnt ist, sich autonom zu versorgen, ja selbst Familie und die traditionellen Versorger, Männer, mitzuernähren.
- 3 Prostituierte sind nur in den seltensten Fällen mit dem jedem Bürger und jeder Bürgerin zustehenden Beratungs- und Hilfsangebot des sozialen Netzes vertraut. Die meisten von ihnen haben es nicht nur nie frequentiert, sondern erleben sich als „nicht anspruchsberechtigt“. Dies resultiert aus der gesellschaftlichen Ausgrenzung und der offenen bzw. latenten Kriminalisierung durch die Obrigkeit, welche die Prostituierte täglich erfährt.
- 4 Prostituierte, die aus ihrer vertrauten Umgebung ausscheren wollen, tun dies oft aus finanziellen oder vielleicht gesundheitlichen Gründen. Moralisierende Stigmatisierung oder mitleidige Viktimisierung durch die Erstanlaufstellen des sozialen Netzes werden oft gar nicht verstanden und wirken abschreckend.

Wohnung/Unterkunft

Bedarf Arbeits- und Schlafplatz sind oft identisch. Dies gilt für die kleinen, zellenähnlichen Kubikel in den Puffs, mit Tagesmieten bis zu 250,- DM, aber auch für die bis zu 4-zimmergroßen Wohnungen der Hostessenszene. Auch hier sind die Mieten generell überhöht und variieren je nach Zimmeranzahl zwischen 800,- und 5 000,- DM. Daher geht Ausscheiden aus der Prostituiertenarbeit häufig mit sofortigem Verlust der Wohnung einher. Damit ist für viele Frauen bei der Räumung des Bahnhofsviertels zu rechnen. Der Wunsch, einen als Bedrohung empfundenen Partner zu verlassen, geht ebenfalls meist mit dem Auszug aus dem gemeinsamen Wohnung einher. Dies findet häufig im wahrsten Sinne des Wortes „über Nacht“ statt. Obdachlosigkeit ist bei drogenabhängigen Frauen nahezu die Regel. Auch Wohnungen, die nicht zum Arbeiten genutzt wurden und die vielleicht mit Kindern bewohnt werden, haben fast immer Mieten, die einem höheren Einkommen angemessen waren und bei Arbeitsaufgabe in der Prostitution nicht mehr zu finanzieren wären.

Ist-Zustand Bis jetzt hat die HWG in mehr als 10 Fällen Frauen, die kurzfristig Unterkunft brauchten, bei sich privat untergebracht. Frauenwohnheime und die Frauenhäuser, hier insbesondere das Haus für geschlagene Frauen in Eschersheim, haben in der Vergangenheit ebenfalls ehemalige Prostituierte aufgenommen. Unterbringung in Hotels mit Mietübernahme durch das Pflegeamt erfolgte in den seltensten Fällen.

Kritik

Häufig wird, wegen der gebotenen Eile, überteuerter Wohnraum von Privat oder Makler angemietet. Eine Wohnungsvermittlung durch das Wohnungsamt fand bis jetzt nicht statt.

Die Unterbringung bei Privatpersonen ist weder den Klientinnen noch der Selbsthilfegruppe weiterhin zumutbar.

Der Heimcharakter der institutionellen Einrichtungen ist für Frauen, die eine hohe Selbstbestimmung gewohnt sind, nur schwer zu verkraften.

Feste abendliche Heimkommzeiten sind für viele Frauen, die vielleicht seit Jahren nachts arbeiten, zu viel verlangt. Die Rigidität, mit der ein Weiterarbeiten in der Prostitution sanktioniert wird, erleichtert selbständige Entscheidungen nicht.

Die bevorstehende Schließung der beiden autonomen Frankfurter Frauenhäuser noch im Frühjahr, die auf Grund von gestrichenen Landesmitteln z. Zt. unabwendbar erscheint, ist für die Zielgruppe eine katastrophale Verringerung des ohnehin geringen Angebots in einer Situation, in der direkte Intervention von Nöten ist.

Einige der Unterbringungshotels des Pflegeamtes sind Stundenhotels.

Da eine Bindung zu Frankfurt (Magistratsverordnung) für viele Arbeiterinnen in der Sexindustrie, die sich durch höchste Mobilität auszeichnet, nicht kontinuierlich nachgewiesen werden kann, ist eine Registrierung beim Wohnungsamt und Vermittlung von Wohnraum durch die Wohnungsbaugesellschaften schwierig. Dies muß aber unser Ziel bleiben, da nahezu ausschließlich dort „zahlbare“ Mieten vorherrschen, die von Sozialhilfe unabhängig machen und eine Existenz absichern können.

Vorschläge / Forderungen

- 1 Anlaufwohngemeinschaft
 - a) kleine Einheit, 3 - 4 Personen
 - b) normales Wohngebiet
 - c) gute Verkehrsanbindung
 - d) Möglichkeit zu offener Sozialhilfe (z. B. beim Pflegeamt abzuholen)
 - e) Anbindung an die Kontaktstelle in Form von ambulanter Betreuung
 - f) offen auch für:
Frauen mit Kindern
Haftentlassene
Ausländerinnen, mit für das Zusammenleben erforderlichen Deutschkenntnissen
 - g) Ausschlußkriterium ist lediglich eine unbearbeitete, starke Suchtabhängigkeit nicht motivierbarer Frauen
 - h) Männer haben keinen Zutritt
- 2 Vermittlung durch das Wohnungsamt
 - a) andere Nachweise einer Bindung zu Frankfurt als ordnungspolizeiliche Meldung sollen akzeptiert werden
 - b) vermehrte Dringlichkeit sollte für diese besondere Gruppe vorausgesetzt werden und zu baldiger Anweisung von finanzierbarem und in normalem Wohngebiet gelegenen Wohnraum führen.
- 3 Direktfonds
 - a) Für TAMARA verfügbarer Fonds, zur direkten Bezahlung von Kautionen, Maklergebühren, Abständen etc., die dann später vom Pflegeamt übernommen wird.
- 4 Wohnraumerhaltung
 - a) Liberale Handhabung der Übernahme auch teurer Mieten für eine kurze Zeit, bis billiger Wohnraum angemietet werden kann.

Arbeit/Lebensunterhalt

Begreift man Prostitution als eine Tätigkeit gegen Entgelt, Arbeit oder Beruf und nicht lediglich als ein Abgleiten in eine unwürdige Subkultur, ist die Wichtigkeit dieses Bereiches bereits offenkundig. Die Normalität, mit der eine Behörde oder eine Beratungsstelle das Umschulungsanliegen oder das Arbeitsgesuch einer Frau behandelt, reflektiert für sie, ob ein akzeptables Angebot unterbreitet oder ein Stigma angeheftet wird.

Die landläufige Vorstellung, eine Prostituierte ergriffe die erstbeste Möglichkeit zu einem „Ausstieg“, wenn sie sich nur biete, gehört ebenso in die Kategorie der Mythen, wie die vor allem der Regenbogenpresse entliehenen Gerüchte von den Zuhältern, die eine Frau nicht aus ihrer männlichen omnipotenten Klaue entlassen. Tatsächlich ist die Alternative, die sich zur Prostitution stellt, der entscheidende Faktor zu einer Neuorientierung.

War die Illusion von den schillernden Möglichkeiten des schnellverdienten Geldes häufig der Grund für das Aufnehmen der Prostitution, so ist die Gewißheit einer Verbesserung der eigenen Lebensqualität in einem neuen beruflichen und sozialen Umfeld Voraussetzung für die Motivation eines Klientels, das weder mit der Hoffnung auf die weit entfernte Zukunft noch mit der direkten Perspektive, Sozialhilfeempfängerin zu werden, in Bewegung gesetzt wird.

Bedarf Das Klischee von der Unterschichtsfrau, die keine andere Alternative hatte und schon früh zur Prostitution kam, muß nach den neuesten Erfahrungen nicht nur in Frankfurt aufgegeben werden. Die Kontaktstelle hat bis jetzt einerseits Frauen, die nach einer Heimerziehung als Schulabgänger und vollkommen ungelernete in die Prostitution kamen, andererseits aber auch Klientinnen mit Real- und Hochschulabschlüssen und guten bis sehr guten beruflichen Qualifikationen betreut. Auch bei den Mitgliederinnen der Selbsthilfegruppe gibt es keinen Trend, die berufliche Vergangenheit betreffend. Dies vorausschauend, ist dennoch festzustellen, daß gerade bei jüngeren Frauen (unter 30) ein großes Interesse an einer qualifizierten Ausbildung besteht, auch wenn in der Vergangenheit schon einmal eine Lehre oder ähnliches absolviert wurde.

Da Frauen auf dem Arbeitsmarkt jedoch besonders ausgegrenzt werden, ist die Suche nach Ausbildungsplätzen, vor allem für ältere Frauen, sehr schwer. Umschulungsansprüche sind kaum vorhanden, da nur in den seltensten Fällen zusammenhängend versicherungspflichtig gearbeitet wurde. Die Umschulungsangebote des Arbeitsamts sind außerdem meist auf dem Bürosektor, der nach den bisherigen Erfahrungen nicht der „Hauptwunschsektor“ ist. Dieser liegt vielmehr in der Dienstleistungsbranche, was, zieht man die Erfahrungen und Talente aus der Prostitution in Erwägung, nicht verwundert.

An dieser Stelle wollen die Autorinnen vermerken, daß die Berufserfahrungen aus der Prostitution oft formalen Abschlüssen und Diplomen gleichzusetzen und hoch zu bewerten sind, da in vielen Fällen höchste Ansprüche an Betreuung, Pflege und psychologischer Beratung von den Freiern an die Frauen gestellt werden. Fähigkeiten auf den Gebieten: Sozialarbeit, Psychologie, Massage, Kranken- und Altenpflege, aber auch Telefonaquisition, Verkaufsberatung und Produktvertretung, müssen bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Auch die Kenntnisse in Sexualkunde, Aufklärung, Partnerberatung und phantasievoller Freizeitgestaltung sollten mit mehr als einem anzüglichen Lächeln bewertet werden.

Die Frauen besitzen eine hohe Arbeitsmoral, und sind an Schicht/Nachtarbeit gewöhnt. Dem entspricht der Wunsch, neben der direkten Sicherung der Existenz, auch geregelte Arbeitszeiten und Urlaubsansprüche in der neuen Stelle vorzufinden. Da die meisten Frauen keine Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben, müssen bei denen, die hiermit vielleicht erst im Alter von 30 - 40 Jahren beginnen, die Verdienstmöglichkeiten so hoch sein, daß die Hoffnung besteht, im Alter sozialhilfefrei überleben zu können.

Die materielle Existenzsicherung ist, wie für alle Menschen in dieser Gesellschaft, die selbstverständliche Voraussetzung für ein zufriedenstellendes Arbeitsleben. Prostituierte sind zwar in einigen Fällen an hohe Bruttoeinkünfte gewöhnt, werden aber schon nach kurzer Zeit feststellen, daß in

kürzeren Arbeitszeiten, ohne hohe Nebenkosten (wie sie etwa bei Schuldenberatung beschrieben sind) und unter Berücksichtigung der Sozialleistungen in einem durchschnittlichen Betrieb ähnliche Stundenlöhne zu erzielen sind. Wichtig sind auch für diese Frauen nicht Traumlöhne, sondern sichere und qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze in einer bürgerlich akzeptierten Existenz. Die Tendenz, alle „Aussteigerinnen“ erstmal umzuschulen, bzw. auszubilden, mag lobenswert erscheinen, verkennt aber das Bedürfnis der meisten Frauen, sofort wieder Geld zu verdienen und nicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten in der Zukunft zu warten. Obwohl die Autorinnen für bessere oder weiterführende Qualifikationen für Prostituierte plädieren, darf der höhere Bedarf an Arbeitsplätzen, AB-Maßnahmen, bzw. zusätzlichen Kursangeboten am Abend, nicht vernachlässigt werden.

Ist-Zustand

Während in Berlin die eigentliche Arbeitssuche und die Vermittlung von ABM-Stellen über die Selbsthilfegruppe HYDRA läuft, werden in Frankfurt alle Frauen, die sich hierzu informieren wollen, an das TAMARA-Projekt vermittelt, da diese ämter- und gremienintensive Tätigkeit nicht ehrenamtlich geleistet werden kann.

TAMARA ermittelt bzw. rekonstruiert Rentenversicherungsverläufe und fordert die relevanten Unterlagen von den VS-Trägern an. Nach dieser „Grundlagenermittlung“, welche die Ausbildungs-, Arbeits- und Ausfallzeiten belegt, werden Schulabschlüsse, Kurse oder anders erworbene Qualifi-

kationen gesammelt und zusammengestellt. Während nicht erwerbstätige Frauen, die auch keinen Anspruch auf Unterhalt haben, direkt über das Pflegeamt wirtschaftliche Sozialhilfe beantragen, zu der Angehörige nicht herangezogen werden, werden in einer Orientierungsphase auf Grund von Berufswünschen und mit Rücksicht auf den Ausbildungshintergrund, aber orientiert am momentanen Arbeitsmarkt, Ausbildungs- und Arbeitsplätze geortet bzw. besprochen. Gleichzeitig melden sich die Frauen beim Arbeitsamt arbeitslos und in dem Bereich, in den sie hinein wollen, arbeitssuchend. Bis jetzt kam es noch zu keiner Vermittlung durch das AA, einige Umschulungsanträge laufen aber. Tatsächlich suchen sich die Frauen in Eigeninitiative, mit Hilfe der Sozialarbeiterinnen oder der Selbsthilfegruppe, Arbeit auf dem freien Arbeitsmarkt. Hierbei werden oft auch schlecht bezahlte Stellen ohne Perspektiven und Qualifikationsmöglichkeiten angenommen, weil sofortiger Arbeitsbeginn möglich ist und die Frauen nicht einen Tag länger als nötig von der Sozialhilfe leben wollen.

Kritik

Stellen auf dem freien Arbeitsmarkt, aber auch durch das AA vermittelte, bergen eine starke Tendenz zu traditionellen Frauenberufen. Da diese generell schlechter bezahlt sind und weniger Möglichkeiten auf Beförderung und Weiterqualifikation bieten, sind sie für eine Neuorientierung auf einem als lukrativ gepriesenen Arbeitsmarkt nicht tauglich und dienen oftmals nur als Übergangsstation bei der Rückkehr in die Prostitution (etwa bei der Arbeit im Gaststättengewerbe oder in Putzkolonnen).

Bei Beratungs- und Vorstellungsgesprächen (außerhalb der Kontaktstelle) werden die Lebensabschnitte in der Prostitution verschwiegen und mit Hilfe von „kleinen“ Lügen getarnt (Hausfrauen- und Mutterdasein werden angegeben). Eine neue Karriere auf einer Lüge und einer erdichteten Biographie aufzubauen ist nicht nur arbeitsrechtlich gefährlich, sondern verhindert auch eine von Selbstbewußtsein geprägte, erwachsene Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Während dieser stigmatisierende Zwang in der Gesellschaft kaum durch Konzepte anzugehen ist, muß doch bei der Beratung und Vermittlung im Amt ein Modus gesucht werden, der einerseits dem Bedürfnis der Klientin auf Anonymität und Datenschutz Rechnung trägt und andererseits falsche Angaben unnötig macht.

Die Gefahr, Prostitution als „Fehltritt“ einzuordnen und für einen „Einstieg“ in die bürgerliche Gesellschaft eine Umschulung bzw. Ausbildung quasi als Notwendigkeit zu antizipieren, ist bereits oben angedeutet worden. Die „Unterbringung“ von Anwärtnerinnen auf einem überfüllten Arbeitsmarkt in Institutionen wie WERKSTATT FRANKFURT muß in diesem Zusammenhang als Aktionismus bzw. bestenfalls als Ausweichmanöver gewertet werden. Reha-Maßnahmen dieser Art sind nicht relevant für ein Klientel, das eine diskriminierende Zone der Gesellschaft verläßt, um etwas Besseres zu machen und sich nicht über ein staatlich gefördertes Beschäftigungsprogramm erneut in die Riege der ausgegrenzten Problemgruppen einzureihen. Gerade ältere Frauen, die z. Zt. einen Großteil der

Klientinnen ausmacht, sind viele Umschulungsmodelle (wie z. B. das IB) verschlossen. Viele von ihnen haben auch nicht mehr die nötige Motivation, eine neue Ausbildung anzufangen oder über den dritten Bildungsweg ganz neue Wege zu beschreiten. Hier muß über AB-Maßnahmen und Wiedereingliederungshilfen der Einstieg in frühere Berufe gefördert werden.

Vorschläge / Forderungen

- 1 Direkte Lebensunterhalts-sicherung
 - a) Sozialhilfeleistung durch das Pflegeamt
 - b) auch weiterhin keine Heranziehung der Angehörigen
- 2 Ausbildung/Umschulung
 - a) Förderung einer längeren Orientierungsphase, etwa durch Berufsorientierungskurse beim Verein zur beruflichen Förderung von Frauen, durch Aufstockung des Sozialhilfesatzes bis zur Unterhaltsgeldgrenze, an der angestrebten und realisierbaren Berufswunschgruppe gemessen.
 - b) Umschulungsangebote durch das Arbeitsamt, auch für Frauen, die keine Ansprüche erarbeitet haben. Übernahme der Schulungskosten durch das AA. Aufstockung des Sozialhilfesatzes (wie unter 2. a)
 - c) Übernahme des Lehrlingsgehaltes durch AA und Sozialamt, wenn eine Lehrstelle auf dem freien Markt gefunden wurde, evtl. nur für das erste Lehrjahr
 - d) Fünf (5) Plätze im Ausbildungsamt der Stadt
- 3 Arbeitsbeschaffung/Stellensuche
 - a) Einarbeitungszeit für Frauen, die wieder in ihre alten Berufe wollen, Förderung einer Stellensuche durch Finanzierung der Einarbeitungsphase durch das AA.
 - b) Fünfzig (50) zu 100 % durch das AA finanzierte ABM-Stellen bei den Freien Wohlfahrtsverbänden
 - in den verschiedensten Bereichen
 - qualifizierte und tarifgerechte Arbeit
 - e) Förderung des Beschreitens des 3. Bildungsweges, wenn keine BaföG-Ansprüche vorhanden sind, Finanzierung des Lebensunterhalts und der Schulungskosten durch AA und Soz.A.
 - f) Förderung der Qualifikation und Weiterbildung in Abendkursen für Frauen, die tagsüber eine Arbeitsstelle haben, durch Übernahme der Schulungskosten.
 - g) Freistellung vom Arbeitsplatz im Rahmen einer AB-Maßnahme für Weiterqualifikation bei vollem Lohnausgleich für ca. $\frac{1}{5}$ der Arbeitszeit (ABM + Lernen: 8 Std. von 40)

Bedarf Obwohl Prostituierte sehr um ihren Körper besorgt sind, denn er ist ihr Kapital, und neben regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen auch zahlreiche hygienische und kosmetische Vorkehrungen zum Erhalt und zur Vorsorge ihres gesundheitlichen Zustands treffen, sind sie in ihrem Beruf einigen Risikofaktoren ausgesetzt, die ihren Allgemeinzustand negativ beeinflussen:

- hohe Ansteckungsgefahr durch sehr direktes, „nacktes“ Zusammensein mit vielen Menschen,
- verstärkte Anfälligkeit für Unterleibskrankheiten,
- Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Beruf,
- lange Arbeitszeiten – zwischen 10 und 18 Stunden täglich,
- Nacht- und Schichtarbeit,
- langes Stehen, manchmal im Freien und auf zugigen Kontakthöfen,
- starker Alkoholgenuß, der in fast allen Formen der Prostitution Teil des Service bzw. der Verdienstmöglichkeit ist (Bar),
- Abhängigkeiten von anderen Suchtmitteln, z. B. Nikotin, Koffein, Psychopharmaka, die in Streß, Angst und Überbelastung, aber auch in Gruppenzwängen ihre Ursachen haben.

Spritzgiftanhängigkeit ist keine der „klassischen“ Begleiterscheinungen der Prostitution. Hier verläuft die Verknüpfung umgekehrt: Fixerinnen gehen der Beschaffungsprostitution nach.

Entgegen der landläufigen Meinung, Prostituierte litten verstärkt unter Geschlechtskrankheiten,

- Interessentinnen bewerben sich je nach Qualifikation und Berufswunsch bei einem „Kontaktmenschen“ in dem jeweiligen Wohlfahrtsverband, der/die als einzige/r an dem zukünftigen Arbeitsplatz von der Herkunft der Bewerberin unterrichtet ist.
 - Formale Abschlüsse müssen nicht verlangt werden, wenn frau sich die Arbeit zutraut.
 - Bewerbungsunterlagen – die meist mit Hilfe von TAMARA oder HWG erstellt werden – sind zwar „unbeschönigt“, enthalten aber keine Details über die Zeitabfolge des Curriculums, so daß Qualifikationen beschrieben werden können, ohne jeden Tag in der Prostitution transparent zu machen.
 - Möglichkeit, nach einer gewissen Orientierungszeit in einer weniger qualifizierten Arbeit auch in anderen Arbeitsbereichen eingesetzt zu werden.
 - Freistellung von der ABM-Stelle für Teilnahme an Weiterbildungskursen (s.o.).
- c) Regelmäßige Treffen zwischen TAMARA, HWG, AA und Vertretern der Wohlfahrtsverbände, um einen höheren Bedarf durch Einrichten von weiteren Stellen aufzufangen und Erfahrungen zu diskutieren (etwa im 6-Wochen-Turnus).
 - d) Vermittlung von Arbeitsstellen durch das AA
 - Arbeitsberatung möglichst immer durch die selbe Person, um Anonymität und Datenschutz der Frauen einerseits und die Möglichkeit zu unfrisierten Lebensläufen andererseits zu gewährleisten.
 - Aufnahme in das Datenverarbeitungssystem des AA nach einem Modus, der ebenfalls dasselbe garantiert.
 - Berücksichtigung von in der Prostitution erworbenen Qualifikationen.
 - Vermittlung von qualifizierter und tarifgerechter Arbeit.
 - e) Förderung der TAMARA und der HWG, um die zeitaufwendige und gremienintensive Arbeit leisten zu können.

liegen diese unter bzw. gleich mit dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das Gleiche gilt für die Infektionshäufigkeit mit HIV. Die in Frankfurt „ermittelten“ HIV-positiven Prostituierten waren samt und sonders spritzgiftabhängige Frauen. Nichtsdestotrotz ist der Wunsch nach einer beruflichen Veränderung auf Grund der Angst vor der Krankheit AIDS gestiegen.

Nach Schätzung der Autorinnen sind über 50 % der Prostituierten nicht krankenversichert.

Die Angst vor dem Alter und der damit verbundenen Verdienstunfähigkeit ist eine der stärksten Motivationen, die Prostitution aufzugeben, obwohl dies nicht immer zugestanden wird. Altern, Ermüdung und Krankheit kann frau sich nicht leisten, Symptome werden weggeputscht. Eine Neuorientierung weg von dem Verkauf des Fetischs Jugend kann eine neue gesündere Einstellung zum eigenen Körper erwirken und ein Wiedereingestehen der eigenen Schwächen und möglichen Krankheiten mit sich bringen.

Ist-Zustand

Bis jetzt hat die HWG semi-legale Modi gefunden, Frauen über Minimalarbeitsverhältnisse einen Einstieg in die gesetzliche Krankenversicherung mit der Möglichkeit, sich nach wenigen Monaten freiwillig weiterzuversichern, zu verschaffen. Frauen, die Sozialhilfe beziehen, wird vom Amt ein Krankenschein ausgestellt.

Die Gesundheitsfürsorge der nicht-versicherten Prostituierten wird von ihnen selbst bezahlt, dies schließt die Vorsorgeuntersuchungen auf Tripper

und Syphilis ein, zu denen sie nach dem GBG im Interesse der Volksgesundheit verpflichtet sind. Diese Untersuchungen werden von niedergelassenen Ärzten durchgeführt, die ihre Ergebnisse an das Gesundheitsamt weitermelden und grundsätzlich nicht mit den Krankenkassen abrechnen. Ebenfalls ist aus dem Jahre 1986 bekannt, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patientin mißbraucht und heimliche HIV-Tests von den Blutproben getätigt und Ergebnisse an das Gesundheitsamt weitergeleitet wurden.

Kritik

Es ist nicht tragbar, daß Prostituierte sich nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung unter voller Berufsangabe versichern können.

Die Nonchalance, mit der das Gesundheitsamt seine ebenfalls vom GBG festgeschriebene Untersuchungspflicht an die profitgeilen, freien Ärzte, deren Massenbetrieb kein Eingehen auf die Gesamtpatientin – über den Genitalbereich hinaus – zuläßt, delegiert, ist gelinde gesagt unverantwortlich. Es trägt mit Schuld an dem schlechten Allgemeinzustand einiger Frauen, wenn sie die Prostitution verlassen. So wurde oft jahrelang keine Krebsvorsorge praktiziert.

Die Stigmatisierung der Prostituierten als Träger und Verbreiter von Geschlechtskrankheiten und von AIDS mag zwar im vordergründigen Interesse der Öffentlichkeit liegen, ist aber auf die Dauer eine gefährliche Selbstberuhigung und somit ein Eigentor.

Vorschläge / Forderungen

- 1 Aufnahme von Prostituierten in die gesetzliche Krankenversicherung
 - a) unter ihrer tatsächlichen Berufsbezeichnung
 - b) zu finanzierbarem Beitragsatz.
- 2 Kuren zur Wiederherstellung der physischen Gesundheit (z. B. Badekuren)
 - a) Übernahme der Kosten für Frauen, die nicht in einer Krankenkasse versichert sind oder über den Rentenversicherungsträger beantragen können.
- 3 Substitutionsprogramm für spritzgiftabhängige Frauen.

Dieser Forderung der von den Autorinnen konsultierten städtischen und kirchlichen Einrichtungen, die in der Drogenarbeit tätig sind, schließen sich HWG und TAMARA, in Ermangelung eigener Beurteilungskriterien, an.
- 4 Entgiftung von suchtkranken Frauen
 - a) nur aus freier Entscheidung
 - b) in einem Krankenhaus der eigenen Wahl.
- 5 Übernahme der Pflichtuntersuchungen durch das Gesundheitsamt
 - a) in einer eigenen U-Stelle
 - b) Behandlung der Ganzpatientin
 - c) Sicherung des Datenschutzes (auch vor dem Ordnungsamt).
- 6 Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Stellen
 - a) so daß Prostituierte nicht länger als gefährliche Seuchenherde diffamiert werden
 - b) welche die Freier in die Eigenverantwortung für ihre Gesundheit und die der Frauen nimmt.

Psychosoziale Begleitung

Die Autorinnen betrachten den Einstieg in die Prostitution nicht als Ausstieg aus der bürgerlichen Gesellschaft. Ebenso wenig halten sie das Arbeiten in diesem Beruf für deviantes Verhalten. Daraus resultiert, daß die Prostituierte, die einem anderen Beruf nachgehen oder gänzlich aus dem Berufsleben ausscheiden will, nicht der „Reintegration“ oder gar der „Resozialisierung“ bedarf. Diese Begriffe, wie die Formulierung „Ausstieg“ sind aus den Bereichen Kriminalität und Drogensucht entliehen und dienen lediglich der Stigmatisierung der Prostituierten.

Dies vorausgeschickt eröffnet sich ein Bedarf, der sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Prostituierten orientiert.

Bedarf Die bereits im Bereich GESUNDHEIT beschriebenen Faktoren, welche direkt aus dem Berufsbild Prostitution resultieren, nämlich Genußgiftabhängigkeit, Schicht/Nachtschichtproblematik und Mehrfachbelastung (Familie – Beruf), welche für sich allein genommen bereits eine Notwendigkeit zu psychosozialer Begleitung begründen würden, sollen in diesem Abschnitt durch die Aspekte erweitert werden, die aus der Existenz der Prostituierten in Isolation, Ghetto und Doppelleben – also dem gesellschaftlichen Umgang mit Prostitution – herrühren.

Die individuelle Herleitung der unten aufgeführten Problematiken aus ihren gesellschaftlichen Ursachen (z. B. Ächtung – Unfähigkeit über Beruf zu sprechen – nicht genug Zeit mit der Familie – Schuldgefühle – übertriebene Zuwendungen an

Mann und Kinder – materielle Ersatzhandlungen für Gefühle – Vertrauensverlust – Aufbrechen der Familienstrukturen – Neuorientierung innerhalb der Szene – etc.) sprengt den Rahmen dieses Konzepts, kann aber von den Autorinnen in vielen Fällen bei Bedarf geleistet werden.

- Vereinsamung
- zerstörte Familienstrukturen (Ehe, Kinder, Eltern)
- wenige Freundschaftsbeziehungen inner- oder außerhalb des Milieus (Wettbewerbssituation, Doppelleben)
- Partnerprobleme, Symbiosen, Beziehungssucht
- mangelnde Überlebenspraktiken (Haushaltsführung, Geldverwaltung)
- bedrohtes Selbstwertgefühl, Versagensängste
- wenig Vertrauen in die eigene Fähigkeit zu Veränderungen
- Angst vor Alter und Krankheit.

Ist-Zustand

Die Struktur der Selbsthilfegruppe, die aus Prostituierten, ehemaligen und Nicht-Prostituierten zusammengesetzt ist, ermöglicht schon beim ersten Kontakt eine Kommunikationsaufnahme mit der „soliden Welt“. Frau erlebt, daß ihre Tätigkeit als normal erachtet und geachtet wird. Gemeinsam mit Frauen, ob Kolleginnen oder nicht, können Erfahrungen ausgetauscht, Probleme erörtert und Lösungswege besprochen werden. Eine Prostituierte, die an der Schwelle zu einer Veränderung ihrer Lebenssituation steht, wird durch die Erfahrungen von Ehemaligen motiviert und lernt aus deren Fehlern.

Auch die Kontaktstelle, die nur mit aussteigewilligen Frauen arbeitet, führt ihre bisherigen Erfolge

auf die uneingeschränkte Akzeptanz der Frauen zurück, die eine Erörterung der psychischen Probleme erst möglich macht und einen Kontakt zu den Klientinnen herstellt, der oft lange nach der sozialarbeiterischen Bearbeitung des Falls fort-dauert.

Die allen Bürgern zugänglichen Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen werden aus Furcht vor Enttarnung des Vor- und Doppellebens nicht angenommen. Einzeltherapien sind kostspielig und werden selten frequentiert.

Kritik

Die ehrenamtliche Tätigkeit der wenigen festen HWG-Mitglieder ist nicht ausreichend, diesem vielleicht wichtigsten Aspekt ihrer Arbeit, neben den vielen anderen Aufgaben (Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Streetwork, politische und Gesundheits-Aufklärung, wissenschaftliche Begleitung des Projekts etc.) die nötige Zeit einzuräumen. Während des nur einmal wöchentlich stattfindenden Plenums können individuelle Probleme nicht „so nebenbei“ besprochen werden, sondern erfordern viel mehr Aufmerksamkeit durch die zu kleine, weil nicht genügend geförderte Gruppe.

Ein bestimmter Bereich psychischer Probleme, z. B. Suchtmittelabhängigkeit, überfordert die Selbsthilfegruppe in ihrer Kompetenz. Überarbeitung und zu geringe Ausstattung gelten auch für das Personal der Kontaktstelle, die dadurch immer in dem Dilemma steht, die „handfesten“ Probleme (Wohnung, Arbeit, Lebensunterhalt) vorrangig und eventuell ausschließlich zu behandeln.

Vorschläge / Forderungen

- 1 Zusätzliche Ausstattung der TAMARA mit:
 - a) zwei vollen Planstellen durch Kolleginnen, die mit dem BSHG und dem Rechts- und Hilfesystem der Stadt Frankfurt vertraut sind.
- 2 Unterstützung der Selbsthilfegruppe HWG mit:
 - a) einer halben Planstelle (Streetwork)
 - b) einer 400,- DM - Stelle (Büro- und Gremienarbeit)
 - c) einem monatlichen Zuschuß von 250,- DM zur Deckung der Sachkosten.
- 3 Förderung einer offenen Selbsterfahrungsgruppe
 - a) Raumangebot
 - b) evtl. Therapeutenbesuch durch geeignetes Fachpersonal anderer Einrichtungen (Honorarkraft).
- 4 Förderung eines Trainingsprogramms:

Überlebensstrategien, Gesundheitstraining, Ernährung, Haushaltsführung, Finanzplanung, Behördenanträge

 - a) Übernahme der Sachkosten.
- 5 Therapien für suchtkranke Frauen
 - a) nur therapiewillige Klientinnen
 - b) Förderung frauenspezifischer Therapieansätze.

Schuldenberatung

Bedarf In der Prostitution werden keine Vermögen gemacht. Einige Faktoren bedingen finanzielles Mißmanagement der Frauen:

- stets fluktuierende monatliche Einnahmen, bei bleibenden Unkosten
- hohe Kosten für die Organisation des Jobs (Mieten, Arztrechnungen, Kleidung und Kosmetik)
- häufig doppelte Haushaltsführung
- Kompensationskäufe als Belohnung für Schwerstarbeit
- stark konsumorientierter Gruppenzwang
- wenig Zeit für sparsame Haushaltsführung (Preisvergleich, selbst Kochen etc.)
- Versorgung von Kindern und Männern.

Ein sehr hoher Prozentsatz der Frauen ist stark verschuldet. Das reicht von Mietschulden in den Bordellen über geschuldete Geldbeträge an Individuen bis zu Hypotheken und Krediten bei Banken oder anderen Geldinstituten.

Während eine berufliche Neuorientierung für eine verschuldete Frau – gerade wegen der geschilderten Problematik – sinnvoll erscheint, ist eben diese Lebenssituation der eigentliche und immer angegebene Hauptgrund der Frauen, in der Prostitution zu verweilen. Die Möglichkeit, in kurzer Zeit relativ hohe, meist steuerfreie Einnahmen verbuchen zu können, ist gerade für diese Frauen eine gleichbleibende Motivation. Plötzliche Krankheit oder schlicht geschäftsbedingter Verdienstausschlag, gepaart mit dem kontinuierlichen Unverhältnis von Ausgaben und Einnahmen, macht diese

Frauen oft zu immer höheren Schuldnerinnen. Die allgemein verbreitete Ansicht, Prostituierte würden ihre Arbeit aus psychischen oder gar ethisch-moralischen Beweggründen aufgeben wollen, muß zu Gunsten einer Motivationsgrundlage auf rein finanzieller Basis aufgegeben werden. Wenn frau es sich leisten kann, aus der Prostitution „auszusteigen“, wird sie dies in Angriff nehmen, in aller Regel nicht vorher.

TAMARA konstatiert eine erstaunlich hohe Zahlungsmoral bei den bis jetzt betreuten Klientinnen.

Ist-Zustand

Weder TAMARA noch HWG sind in der Lage, eine qualifizierte Schuldenberatung anzubieten. Das Angebot der AWO wird vor allem von Frauen, die aus dem Gefängnis kommen, angenommen. Die Beratungsstelle des Sozialamtes ist auf Monate ausgebucht.

Vorschläge / Forderungen

- 1 Beratung, die sich mit der spezifischen Situation der Prostituierten auskennt, muß ohne lange Wartezeiten gewährleistet sein
 - a) perspektivisch: eine ganze Stelle für diesen Bereich.

- 2 Anbindung an schon bestehende Schuldenregulierungsfonds
 - a) Darlehen
 - b) Berücksichtigung von Privatschulden auf Grund des spez. Hintergrunds (Mieten etc.)

Prostituiertenorganisationen

Cinderella
Postfach 21 31
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 02 21 / 899 65 90

HWG
Karlsruher Str. 5
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0 69 / 25 27 42

Hydra
Kantstr. 54
1000 Berlin 12
Tel.: 0 30 / 312 80 61

Kassandra
Ludwigstr. 63
8500 Nürnberg
Tel.: 09 11 / 22 54 36

Lüstern
c/o Erika Biechler
Sophienstr. 39
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11 / 62 55 35

Lysistrata
Beethovenstr. 1
5000 Köln 1
Tel.: 02 21 / 21 83 45

Nitribitt
Stader Str. 1
2800 Bremen
Tel.: 04 21 / 44 86 62

Phoenix e.V.
Postfach 4 72 62
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11 / 1 46 46

Straps und Grips
c/o AIDS-Hilfe
Herwarthstr. 2
4400 Münster
Tel.: 02 51 / 4 30 31

Huren-Selbsthilfe Saarbrücken
Nauwieserstr. 19
6600 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 1 94 11

Organisationen, die Prostituierte unterstützen

Café Sperrgebiet
Kirchenweg 12
2000 Hamburg
Tel.: 0 40 / 42 66 24

Kober
Leopoldstr. 23
4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 83 88 55

Lazaruslegion
Podbielskistr. 57
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11 / 62 50 41/42

Mitternachtsmission
Dudenstr. 2
4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 14 44 91

Mitternachtsmission
Café Mimikry
Dreimühlenstr. 3
8000 München 5
Tel.: 0 89 / 7 25 90 83

Tamara
Kontaktstelle für Prostituierte
Alfred-Brehm-Platz 17
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0 69 / 49 03 74